

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuß**

40. Sitzung

am Mittwoch, dem 16. September 1998, 10:00 Uhr  
im Sitzungszimmer des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Uwe Eichelberg (CDU)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Ingrid Franzen (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Klaus Haller (CDU)

Silke Hars (CDU)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Vorsitzender

in Vertretung von Dr. Jürgen Hinz

in Vertretung von Ulrike Rodust

Peter Lehnert (CDU)

**Weitere Anwesende**

siehe Anlage

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Schnellbahnanbindung an den Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel</b>	<b>4</b>
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1203	
<b>2. Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung (AGInsO)</b>	<b>6</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1520	
<b>3. Mobilitätsanalyse für die Beschäftigten der Landesbehörden in Kiel</b>	<b>7</b>
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1122	
<b>4. Verbesserung des Lärmschutzes für die Bevölkerung in der Nachbarschaft des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel</b>	<b>9</b>
<b>5. Auf dem Weg in die Informationsgesellschaft - Chancen, Risiken und Herausforderungen von Multimedia in Schleswig-Holstein</b>	<b>11</b>
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD (Drucksache 14/1164) Drucksache 14/1509	
<b>6. Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert</b>	<b>12</b>
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1539	
<b>7. Verschiedenes</b>	<b>13</b>

Der Vorsitzende, Abg. Eichelberg, eröffnet die Sitzung um 10:02 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Der Ausschuß kommt überein, den Tagesordnungspunkt betr. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes**, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/1478, von der Tagesordnung abzusetzen und in einer seiner nächsten Sitzungen - nach der Auswertung der Anhörung durch den Innen- und Rechtsausschuß - zu beraten.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Schnellbahnanbindung an den Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1203

(überwiesen am 23. Januar 1998)

hierzu: Umdrucke 14/1617, 14/1639, 14/1930, 14/1952, 14/1954, 14/1983  
und 14/2339

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß die geplante Anhörung eines Vertreters der Baubehörde Hamburg nicht stattfinden könne, weil die Behörde der Bitte des Wirtschaftsausschusses nicht entsprochen habe, einen Vertreter für die Anhörung zu entsenden (Umdruck 14/2339).

Abg. Bernd Schröder sowie Abg. Schmitz-Hübsch bringen ihr Befremden über das Verhalten der Baubehörde zum Ausdruck und bitten den Vorsitzenden darum, dies in Form eines Briefes an den Bausenator weiterzuleiten.

Abg. Müller erklärt, daß es außerordentlich wichtig sei, daß der Minister und das Ministerium in weiteren Gesprächen mit der Freien und Hansestadt Hamburg darauf hinwirkten, eine Verkehrsanbindung an den Flughafen zu schaffen. M Steinbrück sagt dies im Rahmen seiner Möglichkeiten zu.

Er macht deutlich, daß die Einwirkungsmöglichkeiten Schleswig-Holsteins auf diesem Gebiet aufgrund fehlender Kompetenz sehr gering seien. Die Landesregierung habe Anfang der neunziger Jahre im Rahmen ihrer Planungsmöglichkeiten ein Konzept für die Verkehrsanbindung an den Flughafen vorgelegt; dem habe sich Hamburg aus verschiedenen Gründen nicht anschlie-

ßen können. Jetzt könne Schleswig-Holstein nur versuchen, in Gesprächen über einzelne Punkte auf die Planung Hamburgs Einfluß zu nehmen, um zu einer auch für Schleswig-Holstein zufriedenstellenden Lösung des Problems zu kommen. Vor diesem Hintergrund fehlender Kompetenz - so merkt M Steinbrück an - gehe die Aufforderung, die die CDU-Fraktion in ihrem vorliegenden Antrag formuliere, an der Realität vorbei.

In der anschließenden Diskussion signalisieren Vertreter aller Fraktionen, bei einer Umformulierung des Antrags der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1203, in eine Bitte an die Landesregierung, sich für eine Verkehrsanbindung an den Hamburg Flughafen einzusetzen, diesem zustimmen zu können.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung, um den Fraktionen Gelegenheit zur Abstimmung über die genaue Formulierung des Antrages zu geben.

(Unterbrechung: 10:20 bis 10:22 Uhr)

Nach Wiedereröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1203, in folgender abgeänderter Fassung zur Abstimmung:

„Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, sich in weiteren Verhandlungen mit der Freien und Hansestadt Hamburg für eine Schnellbahnanbindung (Stadtbahn oder S-Bahn) des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel an die schleswig-holsteinischen Schienenverkehre einzusetzen.“

Einstimmig beschließt der Ausschuß, die Empfehlung an den Landtag abzugeben, den Antrag in der oben genannten Fassung anzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung (AGInsO)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/1520

(überwiesen am 2. Juli 1998 an den Innen- und Rechtsausschuß und den Wirtschaftsausschuß)

Abg. Schmitz- Hübsch regt an, zu dem vorliegenden Gesetzentwurf zunächst schriftliche Stellungnahmen der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände, der Schleswig-Holsteinischen Rechtsanwaltskammer sowie der Steuerberaterkammer Schleswig-Holstein vom federführenden Innen- und Rechtsausschuß einholen zu lassen und die Beratung im Wirtschaftsausschuß bis dahin zurückzustellen.

Die Mitglieder des Ausschusses beschließen einstimmig, so zu verfahren.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Mobilitätsanalyse für die Beschäftigten der Landesbehörden in Kiel**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/1122

(überwiesen am 11. Dezember 1997)

hierzu: Umdruck 14/1533

M Steinbrück berichtet dem Ausschuß, daß inzwischen der Auftrag zur Erstellung einer Mobilitätsanalyse an die Transport-Technologie-Consult Karlsruhe GmbH vergeben worden sei. Diese verfüge schon über gute ortsspezifische Sachkenntnisse für die Region Kiel, da sie auch das ÖPNV-Gesamtgutachten für die Region erstellt habe. Das vorliegende Angebot der TTK erstrecke sich auf die Analyse des Mobilitätsverhaltens, eine Bestandsbewertung, einen Maßnahmenkatalog und eine Handlungsempfehlung. Parallel dazu erarbeite der Finanzminister ein Parkraumkonzept, so daß seiner Meinung nach insgesamt alle erbetenen Aspekte des Antrages hinreichend berücksichtigt würden.

Er beziffert die Kosten einschließlich der Mehrwertsteuer mit 58.000 DM und erklärt, daß die Finanzierung aus dem Einzelplan 06 erfolgen solle. Begleitend zu der Erstellung der Analyse werde außerdem eine Arbeitsgruppe eingerichtet, in der sowohl Wirtschaftsminister als auch Finanzminister mit Blick auf das Parkraumkonzept sowie die VRK, die Verbundgesellschaft des ÖPNV, vertreten seien. M Steinbrück sagt außerdem zu, den vorliegenden Vertragsentwurf dem Ausschußvorsitzenden zur Einsicht vorzulegen.

Abg. Hentschel schlägt nach einer kurzen Diskussion vor, den vorliegenden Antrag als erledigt zu erklären, da die Landesregierung den darin aufgeführten Empfehlungen entsprochen habe.

Abg. Schmitz-Hübsch kritisiert die Höhe der aufzubringen Kosten und erklärt, daß sie aus diesem Grund dem Vorschlag von Abg. Hentschel, den Antrag für erledigt zu erklären, nicht zustimmen könne.

Abg. Bernd Schröder bittet um Sitzungsunterbrechung.

(Unterbrechung: 10:29 bis 10:34 Uhr)

Der Vorsitzende stellt nach Wiedereröffnung der Sitzung den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Mobilitätsanalyse für die Beschäftigten der Landesbehörden in Kiel, Drucksache 14/1122, zur Abstimmung. Der Ausschuß beschließt gegen die Stimmen der Vertreter von CDU und F.D.P., die Empfehlung an den Landtag auszusprechen, den Antrag für erledigt zu erklären.



Punkt 4 der Tagesordnung:

**Verbesserung des Lärmschutzes für die Bevölkerung in der Nachbarschaft  
des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel**

hierzu: Umdrucke 14/2241 und 14/2301

Zu Beginn seines Berichtes verweist M Steinbrück auf die schriftliche Unterrichtung des Ausschusses durch St'in Schmid, Umdruck 14/2241. Zusammenfassend stellt er fest, daß Schleswig-Holstein am Planfeststellungsverfahren für die Vorfelderweiterung des Flughafens beteiligt worden sei. Nicht beabsichtigt sei, in das laufende Verfahren einzugreifen, da die Vorfelderweiterung zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts begrüßt werden müsse und zusätzliche Belastungen durch Auflagen aufgefangen würden. Er erklärt weiter, daß die Landesregierung über die Klageabsichten anderer unterrichtet sei. Die Klagen liefen jedoch nicht auf eine Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses hinaus, sondern sie richteten sich auf Nachbesserungen im Sinne einer Verbesserung des Lärmschutzes.

Abg. Bernd Schröder greift eine ihm bekannten Behauptung auf, nach der im Bereich von Quickborn und Hasloh eine Mehrbelastung durch Lärm dadurch auftrete, daß der sogenannte Abkurvpunkt verlegt worden sei. Er möchte wissen, wie es zu einer solchen Verlegung komme.

MR Schneider antwortet, daß die Abkurvpunkte von der Deutschen Flugsicherung GmbH festgelegt würden. Eine Verlegung sei in den letzten Jahren mehrfach vorgekommen. Die dadurch für einzelne Anwohner steigende Fluglärmbelästigung sei rechtlich als irrelevant anzusehen, da sie als verträglich und zumutbar hingenommen werden müsse. Dennoch würde Beschwerden über Fluglärm nachgegangen; wenn sie sich als berechtigt erwiesen, bemühe man sich um eine Verlegung des Abkurvpunktes. Dabei müßten aber auch die technischen Möglichkeiten der Flugzeuge berücksichtigt werden.

Abg. Bernd Schröder bittet das Ministerium, die Begründung für die letzte Abkurvpunktverlegung dem Ausschuß schriftlich zur Verfügung zu stellen, damit die Entscheidung auch für die Bürger vor Ort nachvollziehbar werde.

MR Schneider weist darauf hin, daß die Verlegung des Abkurvpunktes immer wieder Gegenstand der Fluglärmschutzkommission in Hamburg sei, so auch in der nächsten Zeit. Er sagt zu,

die schriftliche Begründung für die Verlegung nach Abschluß der Diskussion in diesem Gremium dem Ausschuß zuzuleiten.

Im weiteren Verlauf beraten die Ausschußmitglieder über den Antrag von Abg. Hentschel betr. **Klagen gegen den Fluglärm Fuhlsbüttel**, Umdruck 14/2301, 2. Absatz.

Abg. Plüschau erklärt, daß er wenig Möglichkeiten sehe, daß der Ausschuß zur Verbesserung der Situation beitragen könne. Er lehne deshalb eine Anhörung von Vertretern der betroffenen Gemeinden ab.

Dem widerspricht unter anderem Abg. Schmitz-Hübsch. Sie erklärt, daß man völlig offen in ein solche Gespräch gehen müsse und deshalb nichts dagegen spreche, eine mündliche Anhörung durchzuführen.

In der folgenden Abstimmung beschließt der Ausschuß gegen die Stimme von Abg. Plüschau, dem Antrag von Abg. Hentschel, Umdruck 14/2301, 2. Absatz, zu entsprechen und Vertreter der betroffenen Gemeinden im Umfeld des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel zu einer mündlichen Anhörung einzuladen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Auf dem Weg in die Informationsgesellschaft - Chancen, Risiken und Herausforderungen von Multimedia in Schleswig-Holstein**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD

(Drucksache 14/1164)

Drucksache 14/1509

(überwiesen am 3. Juli 1998 an den Wirtschaftsausschuß und den Bildungsausschuß)

(Verfahrensfragen)

Nach einer kurzen Diskussion beschließt der Ausschuß, die wirtschafts- und medienpolitischen Sprecher der Fraktionen zu bitten, einzelne wirtschaftsrelevante Themenschwerpunkte festzulegen, mit denen sich der Ausschuß im Zusammenhang mit der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD betr. Auf dem Weg in die Informationsgesellschaft - Chancen, Risiken und Herausforderungen von Multimedia in Schleswig-Holstein, Drucksache 14/1509, näher befassen solle. Das konkrete Vorgehen bezüglich der einzelnen Punkte soll Gegenstand der nächsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses sein.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/1539

(überwiesen am 2. Juli 1998 an den Wirtschaftsausschuß und alle übrigen Ausschüsse)

Der Ausschuß legt fest, den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1539, noch einmal zum Beratungsgegenstand seiner nächsten Sitzung zu machen. Weiter werden die übrigen beteiligten Ausschüsse aufgefordert, soweit sie zum Antrag noch keine Empfehlung abgegeben haben, diese bis zur Oktobersitzung des Wirtschaftsausschusses vorzulegen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Zunächst unterrichtet M Steinbrück den Ausschuß über den Sachstand zum Thema Radwegbau, insbesondere dem Radweg an der L 28 zwischen Norstedt und Viöl, Umdrucke 14/2312 und 14/2326. Er verweist dazu unter anderem auf die Kriterien über die Einstufung der Dringlichkeit des Baus einzelner Radwege, die in der letzten gemeinsamen Sitzung des Finanz- und des Wirtschaftsausschusses schon genannt worden seien. Auf Bitte des Vorsitzenden erklärt er sich bereit, diese dem Ausschuß noch einmal schriftlich mitzuteilen.

M Steinbrück erklärt weiter, daß er keine Zusage zur Realisierung des Radweges an der L 28 zwischen Norstedt und Viöl vor dem Jahre 2000/2001 machen könne. Natürlich werde versucht, die Realisierungsmöglichkeiten durch besseren Einsatz der vorhandenen Mittel - damit sei man wieder bei der schon oft geführten Diskussion über den Standard - zu erweitern. Ausgelöst durch eine Frage von Abg. Hentschel sagt M Steinbrück abschließend zu, dem Ausschuß einen umfassenden Überblick über den Um- und Ausbau der Radwege, der über die in Anlage II zum Entwurf des Einzelplans 06 aufgeführten Projekte hinausgehe, zur Verfügung zu stellen.

Weiter beschließt der Ausschuß, den 1. Absatz des Antrages von Abg. Hentschel, Umdruck 14/2301 zum Thema Förderung von Institutionen des Handwerks, für erledigt zu erklären.

Abg. Schmitz-Hübsch möchte von der Landesregierung wissen, ob es in irgendeiner Form Vorbereitungen dafür gebe, die drei Industrie- und Handelskammern zu einer gemeinsamen IHK zusammenzufassen. M Steinbrück antwortet, daß es in seiner Zuständigkeit als Aufsicht dieser öffentlich-rechtlichen Körperschaft keinerlei Planungen und Aktivitäten zu einem Zusammenschluß gebe.

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß es auf den - leider vom Wirtschaftsministerium erst mit sechs Wochen Verspätung - abgesandten Brief an die Kommissare der Europäischen Union, Wulff-Matthies und Monty, betr. duty-free noch keine Antwort gebe.

Er erinnert außerdem daran, daß noch eine Einladung der Fachhochschule Westküste an den Wirtschaftsausschuß ausstehe. In diesem Zusammenhang informiert er darüber, daß dem Ausschuß außerdem auch eine Einladung des Ausbildungsparks Blankensee in Lübeck zugegangen

sei. Dabei handele es sich um ein erfolgreiches Konversionsprojekt in der ehemaligen Hanseatenkaserne.

Nach einer kurzen Diskussion kommt der Ausschuß überein, nach einer weiteren Absprache des Termins mit der Fraktion der SPD, voraussichtlich in seiner regulären Sitzung am 25. November 1998 dem Ausbildungspark Blankensee in Lübeck einen Besuch abzustatten. Über den Termin für den Besuch der Fachhochschule Westküste Anfang nächsten Jahres soll nach Bekanntgabe der Sitzungstermine des Ausschusses für 1999 erneut beraten werden. In diesem Zusammenhang regt Abg. Plüschau an, daß der Wirtschaftsausschuß im nächsten Jahr verstärkt auswärtige Termine im Land wahrnehmen solle.

Als letztes legen die Ausschußmitglieder fest, die verkehrspolitischen Sprecher der Fraktionen als Delegation zu einem Besuch der ADtrans in Berlin am 29. Oktober d. J. zu entsenden.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 11:25 Uhr.

gez. Eichelberg  
Vorsitzender

gez. Schönfelder  
Protokollführerin